

Die neue Tentativliste für das Welterbe ist ein Schritt in die falsche Richtung

Deutschland muss andere Prioritäten setzen

Berlin, 6. Dezember 2023. World Heritage Watch hält die soeben von der Kulturministerkonferenz der Länder veröffentlichte neue Liste der Stätten, die für eine Welterbenominierung vorgesehen sind (sog. Tentativliste), für einen verfehlten Schritt.

Es gleicht einer Zwangshandlung mehr als einem sachlich gut begründeten Entschluss, immer neue Welterbestätten zu nominieren, getrieben von Landesregierungen und Landräten, die oft von Motiven geleitet sind, die mit der Welterbekonvention nichts zu tun haben, wie etwa der Tourismusförderung oder dem Einwerben zusätzlicher Fördergelder für Denkmäler, deren Erhalt aus ihren regulären Haushalten nicht gesichert wäre. Bei vielen der nun nominierten Stätten erhebt sich zudem für den unabhängigen Beobachter die Frage, wo ihr „herausragender universeller Wert“ liegen soll, der eine Einstufung als „gemeinsames Erbe der gesamten Menschheit“ rechtfertigen würde.

Mit seiner Politik unterminiert Deutschland das von der UNESCO beschlossene Ziel, zu einer global ausgewogenen Zahl von Welterbestätten zu kommen. Seit vielen Jahren geht die Schere zwischen den Staaten des globalen Nordens, die schon sehr viele Welterbestätten haben, und des globalen Südens immer weiter auf, statt sich zu schließen. Dazu trägt Deutschland aktiv bei, indem es die Höchstzahl der pro Jahr möglichen Nominierungen regelmäßig ausschöpft.

Zudem schwächen deutsche Nominierungen den Grundgedanken des internationalen Welterbeübereinkommens, dass solche Stätten in die Welterbeliste eingetragen werden sollen, für deren Rettung die internationale Gemeinschaft eine Verpflichtung übernimmt, wenn ein Staat allein mit dieser Aufgabe überfordert wäre. Für ein reiches Land wie Deutschland ist eine solche Situation aber nicht vorstellbar.

Viele Fachleute sind sich darüber einig, dass die Zahl der Welterbestätten insgesamt begrenzt werden muss. Schon jetzt bringt die Aufgabe, 1.199 Stätten weltweit zu überwachen, die UNESCO an ihre Kapazitätsgrenzen. Deutschland, das bereits 52 Stätten auf der Welterbeliste hat, sollte daher ein Beispiel geben und freiwillig auf weitere Nominierungen verzichten. Stattdessen tut eine internationale Diskussion darüber Not, auf welchem Weg eine von der gesamten Staatengemeinschaft beschlossene Begrenzung der Liste erreicht werden kann. Deutschland mit seiner *soft power* wäre als einer von wenigen Staaten in der Lage, eine solche Diskussion anzuschieben.

Die Tentativliste setzt überdies falsche Prioritäten, denn es gelingt Deutschland immer weniger, seine bereits in die Welterbeliste eingetragenen Stätten zu schützen, wie z.B. das Wattenmeer, die Altstadt von Goslar und das Obere Mittelrheintal. Soeben ist Deutschland von der UNESCO verwarnt worden, dass die geplante erweiterte Öl- und Gasförderung im Wattenmeer zur Einschreibung in die Liste des gefährdeten Welterbes und schließlich zur Streichung von der Welterbeliste führen würde. Goslar, wo 20-30% der Altstadt baufällig sind, ist mit der Instandhaltung seines Welterbes offensichtlich überfordert. Die hunderttausende von Euros, die jede Nominierung inzwischen kostet, sollten daher besser für den Erhalt der

bestehenden Welterbestätten ausgegeben werden als für die Einschreibung neuer, die die internationalen Verpflichtungen Deutschlands noch weiter erhöhen.

Im Fall der jetzt nominierten Waldsiedlung Zehlendorf haben dogmatische Denkmalschützer die lokalen Bewohner:innen, die sich für einen Ausgleich von klimagerechter Sanierung und Denkmalschutz eingesetzt haben, so weit gegen sich aufgebracht, dass diese nun eine Welterbenominierung mehrheitlich ablehnen. Die Kulturministerkonferenz meint offenbar, dass sie sich über die Position der Bevölkerung hinwegsetzen kann, während die UNESCO immer wieder eine wirksame Beteiligung der lokalen Bevölkerung an Welterbenominierungen anmahnt.

World Heritage Watch fordert die Bundesländer dringend auf, ihre Welterbepolitik zu revidieren, von weiteren Nominierungen Abstand zu nehmen, und dem Erhalt der bestehenden Welterbestätten eine höhere Priorität einzuräumen. Das Auswärtige Amt fordern wir als das für UNESCO-Angelegenheiten zuständige Ministerium auf, vorläufig keine weiteren Welterbenominierungen an die UNESCO zu übermitteln und stattdessen die Ausarbeitung einer deutschen Welterbepolitik anzuführen, die sich in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der UNESCO und den internationalen Notwendigkeiten befindet.

PS:

Um etwas gegen die globale Biodiversitätskrise zu tun, sollte Deutschland Naturstätten und Kulturlandschaften auch weiterhin für die Welterbeliste nominieren.

Kontakt: Stephan Dömpke (0151) 1167-4691